

spotlight europe

2007/04 – Juli 2007

Mehr politische Führung wagen

Dominik Hierlemann

Bertelsmann Stiftung, dominik.hierlemann@bertelsmann.de

Armando García Schmidt

Bertelsmann Stiftung, armando.garciaschmidt@bertelsmann.de

Die Europäer wollen mehr politische Führung – von Führungspersönlichkeiten und durch Ländergruppen. Tritt der [Reformvertrag](#) in Kraft, gibt es auf europäischer Ebene neue Führungspolitiker. Diese personalisierte Politisierung nutzt der Europäischen Union. Neben Personen braucht die Union neue Gestaltungscoalitionen. In der EU-27 mit auseinander driftenden Interessen ist nur eine Führungskonstellation von Ländern realistisch: Die großen Drei.

spotlight europe # 2007/04

Die Bertelsmann Stiftung hat direkt vor dem [EU-Verfassungsgipfel](#) im Juni 2007 in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten eine repräsentative Umfrage zu politischer Führung in der EU durchgeführt. Befragt wurden Bürger aus 16 EU-Ländern: Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Schweden, Slowenien, Spanien, Tschechien und Ungarn. Die Bevölkerung der ausgewählten Staaten bildet 88% der Gesamtbevölkerung der Union ab. Der Befragungszeitraum lag zwischen dem 14. Mai und dem 18. Juni 2007. In diesem „spotlight europe“ werden die Ergebnisse der Umfrage vorgestellt und die Herausforderungen für politische Führung in der EU aufgezeigt.

Führungspersönlichkeiten ja, aber wer?

Die Vermittlung und Umsetzung kohärenter Politikentwürfe, Richtungsentscheidungen sowie die Austragung von Konflikten im demokratischen Raum sind aufs Engste mit den Personen verbunden, die in Führungsverantwortung stehen. Gefragt danach, welche Person eine starke politische Führungsrolle in der EU übernehmen soll, spricht sich mit 26% eine relative Mehrheit für Angela Merkel aus. José Manuel Barroso landet mit 19% auf Platz

zwei, erst dann folgen Gordon Brown und Nicolas Sarkozy mit 14%.

Die höchsten Werte erreicht die deutsche Regierungschefin in Deutschland (58%), Slowenien (48%) und Frankreich (36%). Auch in Dänemark, Spanien, Italien, Österreich und Estland liegen die Werte für Merkel über dem europäischen Durchschnitt. In Ungarn und Bulgarien dagegen hegen lediglich 8 bzw. 9% den Wunsch, dass von der deutschen Kanzlerin in Zukunft starke Führungsimpulse ausgehen. Auch in Großbritannien wollen dies nur 11% der Befragten.

Anders als Merkel erreicht Barroso seinen Punktwert dank einer durchgängig hohen Bewertung in den befragten Staaten. Allein Deutsche und Bulgaren weichen über neun Prozentpunkte von dem Mittelwert ab: Die in Deutschland Befragten nach oben - hier erhoffen sich 40% mehr Führungsimpulse aus dem Berlaymont - und die Bulgaren nach unten. Nur 5% der Befragten sehen in Barroso eine Führungspersönlichkeit für die Zukunft.

Die Wertungen für Brown und Sarkozy weichen in den Mitgliedsländern erheblich voneinander ab. So erhoffen sich 41% der Franzosen und auch 30% der Deutschen mehr Führungsimpulse von Sarkozy. Nur 6% der Schweden und Bulgaren wollen sich jedoch mit einer stärkeren Führungsrolle des französischen Staatschefs anfreunden. Auch der britische Regierungs-

chef entzweit die Befragten: Während in Bulgarien, Estland, Italien, Österreich, Spanien und auch Ungarn nur bis zu 7% auf neue europapolitische Impulse aus der Downing Street warten, setzen 50% der

FÜHRUNGSPERSONEN

Von welcher der folgenden Personen würden Sie sich am ehesten wünschen, dass sie in der Europäischen Union eine starke politische Führungsrolle übernimmt? (Mehrfachnennungen möglich)

alle Angaben in Prozent

	die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel	der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso	der neue französische Präsident Nicolas Sarkozy	der neue britische Premier Gordon Brown	keine Person	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	26	19	14	14	15	27
Deutschland	58	40	30	31	9	7
Bulgarien	9	5	6	4	20	59
Dänemark	33	17	9	15	10	28
Estland	29	10	7	7	7	46
Frankreich	36	22	41	8	11	13
Großbritannien	11	20	14	50	12	15
Irland	24	31	20	31	7	13
Italien	29	11	15	6	10	33
Niederlande	27	18	9	10	9	33
Österreich	32	17	13	4	26	18
Polen	17	13	9	6	23	33
Schweden	15	24	6	14	22	24
Slowenien	48	27	9	7	7	22
Spanien	29	26	15	7	12	25
Tschech. Rep.	15	11	9	10	32	27
Ungarn	8	12	14	5	24	44

Briten, aber auch 31% der Deutschen und der Iren auf den neuen Premier.

Dass keine Person eine stärkere Führungsrolle auf europäischer Ebene übernehmen soll, meinen lediglich 15% der Befragten. Die neuen Mitgliedstaaten sowie Österreich sind dabei skeptischer als die Kernländer der alten Union.

II

Führungsgruppen ja, aber welche?

Die Europäer wünschen sich nicht nur mehr politische Führungspersönlichkeiten, sondern ebenso mehr Führung von bestimmten Ländergruppen. Nur 13% der Befragten sind gegen kleinere Führungszirkel ausgewählter Länder. Die meisten Befragten, und zwar jeder Dritte, erwarten für die Zukunft eine größere Führungsrolle von der Eurogruppe. Das Abschneiden der Eurogruppe ist zu einem großen Teil auf hohe Umfrageergebnisse in den Ländern, die selbst zu dieser Gruppe gehören, zurückzuführen. Vor allem die mittelgroßen Staaten wie die Niederlande und Spanien, die sich ansonsten in keiner Führungsgruppe sehen, fordern einen Bedeutungszuwachs der Eurozone.

Interessant ist das Urteil der Briten: Denn obwohl sich Großbritannien weiterhin gegen die Einführung des Euros sträubt, sehen 29% der Briten die Eurogruppe in einer Führungsrolle. Auch die Slowenen unterstützen mit 45% die Eurogruppe – kein Wunder, sind sie doch als erstes Land der neuen EU-Staaten Mitglied derselben. Alle anderen mittelosteuropäischen Staaten äußern sich eher kritisch gegenüber Führungsgruppen jeglicher Länderkonstellation. Jeder dritte Bulgare, Tscheche und Ungar ist – im

Gegensatz zur sonstigen europäischen Meinung – grundsätzlich gegen die Führung durch Ländergruppen.

Als kleinere Führungsgruppe sind am ehesten die **großen Drei** – Deutschland, Frankreich, Großbritannien – vorstellbar. Diese Kombination wird am zweithäufigsten genannt. Unterstützung für diese Konstellation kommt aus den drei Ländern selbst, aber auch aus Dänemark und Schweden. Glaubt man den Befragten, ist der **deutsch-französische Motor** tot. Zwar glauben 30% der Franzosen an eine deutsch-französische Vorreiterrolle, in Deutschland sind es aber nur 16% und im europäischen Vergleich 10%. Nach den

FÜHRUNGSGRUPPEN

Von welchen der folgenden Ländergruppen sollten am ehesten neue politische Führungsimpulse für die europäische Integration ausgehen?

alle Angaben in Prozent

	von der Gruppe der Länder, in denen der Euro gilt, der Eurozone	von Frankreich, Deutschland und Großbritannien	von Deutschland und Frankreich	von Polen, Frankreich und Deutschland	es darf keine Führung einer bestimmten Gruppe von Ländern geben	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	31	18	10	5	13	24
Deutschland	40	31	16	6	1	7
Bulgarien	5	10	7	2	27	49
Dänemark	26	22	6	4	13	29
Estland	17	15	16	5	3	43
Frankreich	32	20	30	4	4	10
Großbritannien	29	43	4	2	6	16
Irland	52	18	13	7	2	8
Italien	37	15	14	1	6	27
Niederlande	54	9	5	3	6	22
Österreich	35	10	12	2	23	18
Polen	12	14	5	23	17	29
Schweden	24	26	6	5	15	24
Slowenien	45	14	10	4	4	24
Spanien	49	13	11	2	10	15
Tschech. Rep.	21	18	7	4	31	20
Ungarn	13	8	6	3	32	39

Briten sind es die Deutschen, die sich für mehr Führung durch die großen Drei aussprechen. Das **Weimarer Dreieck** mit Polen, Frankreich und Deutschland landet mit 5% weit abgeschlagen.

Bei 27 Mitgliedstaaten können nicht wie in der Vergangenheit Deutschland und Frankreich allein treibende Kräfte in der Europäischen Union sein. Gleichwohl sind sie auf jeden Fall Teil einer möglichen

Führungsgruppe. Die Zahlen zeigen zudem, dass neben Großbritannien auch [Polen](#) Teil einer Führungsgruppe sein will, auch wenn das Weimarer Dreieck scheinbar keine gelungene Übersetzung dieses Wunsches ist: Zwar stimmen 23% der Polen für dieses Modell. Sowohl Deutsche als auch Franzosen lehnen die Idee einer gemeinsamen Führungsriege mit Polen jedoch ab. Nur 6 bzw. 4% der Befragten in beiden Ländern stimmen für das Weimarer Dreieck.

„Brüssel wird auch im nationalen Raum zu einer politischen Bezugsgröße.“

Die Umfrageergebnisse deuten auf drei Entwicklungen hin:

- Die Europäer beschäftigen sich nicht nur mit der Führungsleistung ihrer nationalen Politiker, sondern ebenso mit denen anderer, großer Nationen sowie europäischer Spitzenpolitiker. Führungsleistung und politischer Gestaltungswille der Akteure werden von einer [gesamteuropäischen Öffentlichkeit](#) wahrgenommen und bewertet. Zwar spielt die nationale Zugehörigkeit bei der Präferenz der Länderkonstellationen eine klare Rolle. Doch im Zuge einer sich weiter europäisierenden Öffentlichkeit wird auch an die Regierenden anderer Mitgliedstaaten die Forderung nach mehr Führung herangetragen.
- Die relativ große Zustimmung für Kommissionspräsident Barroso unterstreicht, dass nicht nur nationale Politiker eine Führungsrolle in Europa spielen sollen. Die Bürger verstehen die Europäische Kommission und ihren Präsidenten zunehmend als eine europäische Führungsinstitution – Brüssel wird auch im nationalen Raum zu einer politischen Bezugsgröße.
- Mit Blick auf die Länderkonstellationen bleibt das Ergebnis zwiespältig: Die Europäer sehen den Bedarf politischer Führung durch Ländergruppen, fürchten jedoch die Dominanz der großen Länder.

III

Strategische Führung statt Krisenmanagement

Die Europäer wollen, das belegen die Umfragedaten, eine starke politische Führung durch ausgewählte Personen, aber auch bestimmte Ländergruppen. Eine gestärkte Führung erscheint jedoch nur dann gewinnbringend, wenn sie mit einer strategischen Perspektive zur Zukunft Europas verbunden wird. In der Praxis dominieren derzeit meist von der tagespolitischen Agenda getriebenes Krisenmanagement und Versuche nachholender Anpassung an Veränderungen, die bereits vollzogen sind. So wurde beim Verfassungsgipfel in krisenhafter Zuspitzung zwar ein Etappenerfolg auf dem Weg zur institutionellen Reform erzielt. Doch das, wonach schon in [Amsterdam](#) gestrebt wurde, die Union frühzeitig für eine Mitgliederschär von über 30 fit zu machen, ist im Laufe des Prozesses längst aus dem Blick geraten. [2009 wird nun vielleicht umgesetzt](#), was schon lange vor 2004 hätte Rechtskraft haben sollen.

An die Stelle tagespolitischen Krisenmanagements und der Politik des fortwährenden Nachbesserns muss eine neue Form politischer Führung treten. Die europäische Politik steht dabei vor einer mehrfachen Herausforderung: Sie muss die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen für strategisches Führen schaffen, um europäischen Führungspersönlichkeiten einen attraktiven Entscheidungsraum zu bieten. Die Konkurrenz der Führungspolitiker muss gefördert, die kurzfristige Profilierung auf Kosten der europäischen Integration verhindert werden. Strategische Führung muss die demokratischen und zwischenstaatlichen Willensbildungsprozesse durch den Wettstreit kohärenter Politikentwürfe strukturieren. Wichtig ist die klare Zurechenbarkeit politischen Handelns. Vier Faktoren können die Führungsdebatte prägen:

- Führungspersönlichkeiten müssen kooperieren: Tritt der Reformvertrag in Kraft, wird es neue Führungspersonen in Brüssel geben. Der Präsident der Europäischen Kommission wird gestärkt, ebenso der Hohe Repräsentant der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Und mit dem zweieinhalb Jahre amtierenden Präsidenten des Europäischen Rates bekommt Brüssel ein drittes Gesicht, das sich bei den Bürgern einprägen wird. Zudem wird die Verkleinerung der Europäischen Kommission dazu beitragen, dass die Europäer nun EU-Politik klarer Personen zurechnen können, und diese öffentlich auch zur Verantwortung ziehen werden.

„Wichtig ist die klare Zurechenbarkeit politischen Handelns.“

Einen Mangel an Führungsfiguren wird es, zumindest in einem institutionellen Sinne, nicht geben. Die Konkurrenz innerhalb des europäischen Führungstrios, aber auch die Rivalität mit den nationalen Regierungschefs wird die Sichtbarkeit der Europäischen Union bei den Bürgern erhöhen. Gleichzeitig besteht jedoch die Gefahr, dass die Führungsfiguren sich gegenseitig neutralisieren oder Zentrifugalkräfte freisetzen, die schlussendlich zu neuen Blockaden führen. Neben der Fähigkeit, politische Leitlinien zu definieren und auch in einem komplexen Umfeld für die eigenen Grundsätze einzustehen, müssen sich die neuen europäischen Führungspersonen deshalb vor allem durch Team- und Integrationsfähigkeit auszeichnen.

- Triopräsidenschaft kohärenter gestalten: Über den gemeinsamen Präsidenten des Europäischen Rates hinaus müssen die europäischen Regierungen gewährleisten, dass Prioritäten nicht jedes halbe Jahr wechseln. Bisher hat noch jede Präsidenschaft ihr Lieblingsthema zum strategischen Projekt für die gesamte EU erklärt. Die Triopräsidenschaft soll in dieser Hinsicht für Kohärenz sorgen. Bisher hängt es aber von den Ländern und ihrer

Kooperationsbereitschaft ab, ob es zu einer gemeinsamen Agenda kommt. Ein tatsächlicher institutioneller Zwang besteht nicht. Eine echte, gemeinsame Triopräsidenschaft würde dagegen auch den kleineren Staaten entgegenkommen. Gerade sie könnten durch die Zusammenlegung ihrer Ressourcen und eine sinnvolle Fokussierung auf ausgewählte Prioritäten ihren Einfluss auf die Entwicklung der Union vergrößern. Von den Profilierungschancen, die eine erfolgreiche Präsidenschaft bietet, würden alle drei profitieren, wenn sie eine klar erkennbare gemeinsame Gestaltungscoalition bilden.

- **Europäische Parteien stärken:** Nicht nur Personen, sondern auch Parteien stehen in Führungsverantwortung. Gerade durch sie kann eine weitere Politisierung der Union erfolgen und dadurch ein öffentlicher Diskurs über unterschiedliche Politikentwürfe zur Zukunft des europäischen Integrationsprozesses erreicht werden. Zu den Parlamentswahlen im Jahr 2009 sollte jede der europäischen Parteienfamilien ein eigenes grenzüberschreitendes Profil geformt haben. Ein Set von politischen Botschaften, die einheitlich in ganz Europa zur Wahl gestellt werden, und ein je eigener Kandidat für das Amt des Kommissionspräsidenten schaffen eine Grundlage für sichtbaren Gestaltungswillen und zurechenbare Führungsverantwortung.

„Einen Mangel an Führungsfiguren wird es nicht geben.“

- **Vetospieler ausschalten:** Die in nationalen Interessengegensätzen geführte Diskussion um das Schicksal der **Europäischen Verfassung** und schließlich der Brüsseler Gipfelkompromiss haben ein Europa des „kleinsten gemeinsamen Nenners“ wahrscheinlicher werden lassen. Doch wenn sich europäische Politik an den Unwilligen orientiert, wird zwangsläufig die Zustimmung der anderen nachlassen. Entscheidend wird in den kommenden Jahren sein, ob es gelingt, frühzeitig Ve-

tospieler auszuschalten. Institutionelle Vorgaben wie etwa die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen weisen in die richtige Richtung. Einstweilen bedarf es dafür jedoch funktionierender Führungsgruppen in der Europäischen Union, die ein Gravitationsfeld erzeugen, das es Vetspielern spürbar erschwert, sich ohne Weiteres gegen die Interessen des Ganzen zu stellen.

IV

Führungsgruppen: Notwendiger denn je

Schon immer gab es informelle Führungsgruppen in der Europäischen Union. Mal waren es Deutschland und Frankreich allein, mal in Kombination mit den Benelux-Ländern und mal die Gründerstaaten, die strategische Impulse zur Entwicklung der Union setzten. Mit den Erweiterungswellen der vergangenen Jahre ist die Koalitionsbildung schwieriger geworden: Waren in der EU-15 Deutschland und Frankreich oft Extrempole des damaligen Präferenzspektrums, haben sich heute die Interessenkonstellationen weiter ausdifferenziert. Auch traditionelle, oft weniger beachtete Koalitionen zerbrechen. So beklagen sich die nordeuropäischen Länder über die Nichtbeachtung durch die Briten, die Niederlande und Belgien haben sich in ihrer integrationspolitischen Grundausrichtung voneinander entfernt und die Solidarität unter den mittelosteuropäischen Ländern ist in der Wirklichkeit vielfach gebrochen.

Neue, inszenierte Koalitionen wie das Weimarer Dreieck haben inzwischen ritualisierten Charakter bar jeden Inhalts. Neben dem politischen Aspekt der Interessenheterogenität kommt ein eher technisches Problem bei der Bildung neuer Koalitionen hinzu. In der EU-27 ist es allein aufgrund der Vielzahl der Positionen schwierig, wenn nicht gar unmöglich geworden zu wissen, was die anderen im konkreten Fall

wollen. Im Ergebnis sind Koalitionen höchst volatil und für die Mitglieder selbst unberechenbar.

„Schon immer gab es informelle Führungsgruppen“

Aufgrund des auseinanderstrebenden Interessenspektrums in der EU-27 sind mitgliedstaatlichen Führungsgruppen notwendig: Zwar können Kommission und Rat in den einzelnen Politikfeldern die Europäische Union auf Kurs halten. Wenn es jedoch um grundlegende institutionelle Reformen oder eine politische Neuausrichtung des Integrationsprojektes geht, dann ist die Durchsetzungsfähigkeit einer Führungsgruppe von Mitgliedstaaten gefordert. Gerade der jüngste EU-Gipfel, der über das Schicksal der Europäischen Verfassung entschieden hat, zeigte, dass es die Allianz ausgewählter Mitgliedstaaten braucht, um in bestimmten Momenten der europäischen Integration den Stillstand zu überwinden.

V

Die großen Drei

Die Eurogruppe ist zu groß und zu heterogen, als dass von ihr tatsächliche Führung ausgehen könnte. Der deutsch-französischen Achse, das belegen die Umfragedaten, trauen die Europäer nicht mehr viel zu. In der Tat hat sich zwar mit der Vertiefung des [Élysée-Kooperationsprozesses](#) die deutsch-französische Zusammenarbeit auf Arbeitsebene weiter intensiviert und ein enges Kooperationsgeflecht herausgebildet. Doch gewichtige Beispiele von gemeinsamen europäischen Initiativen gibt es kaum. Die einzige reale Führungsgruppe bleiben in Zukunft die großen Drei - Deutschland, Frankreich und Großbritannien.

So wie in der Vergangenheit ein Kompromiss zwischen Deutschland und Frankreich oft akzeptabel für die anderen Mitgliedstaaten war, wird ein vorab geschalteter Ausgleich zwischen den großen Drei die Kompromissfindung in der EU-27 erleichtern. Denn bei allen in der EU kontrovers gebliebenen Themen sind diese Länder meist unterschiedlicher Meinung. Das schließt unterschiedliche wohlfahrtstaatliche Vorstellungen ein, die Einführung des Euro sowie des Schengen-Regimes, außen- und sicherheitspolitische Traditionen und Politikansätze sowie nicht zuletzt das grundlegende integrationspolitische Paradigma. Der Verfassungsgipfel hat wieder gezeigt: Wer blockieren will, muss die **Briten für sich gewinnen**, wer gestalten will aber auch.

Statt Führungsakteur war Großbritannien wieder einmal Vetospieler. Mit den Ausnahmeregelungen bei der **Grundrechtecharta** sowie in der Justiz- und Innenpolitik schert Großbritannien bei fundamentalen EU-Politiken erneut aus. Nicht mitmachen, aber eine Führungsrolle beanspruchen – das wird auf Dauer nicht funktionieren.

Für ein stärkeres europäisches Engagement der neuen britischen Regierung hingegen spricht, dass etwa die jüngeren Regierungsmitglieder ein deutlich pragmatischeres Verhältnis zu Europa haben. Auch der Einwand, dass die britischen Konservativen im Verbund mit der europhoben Boulevardpresse den neuen Regierungschef unter Druck setzen, trifft nur teilweise zu. Denn gerade weil



Wenn die großen Drei manifeste Interessenunterschiede und potenzielle Konflikte frühzeitig identifizieren, könnte sich eine neue, strategische Gestaltungscoalition in der Europäischen Union ergeben. Dabei wird diese Führungsgruppe nur dann von den übrigen Mitgliedstaaten geduldet werden, wenn es bei drei Ländern bleibt. Sobald ein viertes Land darauf drängt, diesen Zirkel zu erweitern, wird eine ganze Reihe von mittelgroßen Mitgliedstaaten auf Einlass in diesen Kreis pochen.

Brown nicht im Verdacht steht, euphorischer Integrationsbefürworter zu sein, kann er Großbritannien in die Mitte der Europäischen Union führen. Nicht zuletzt haben die Vereinigten Staaten Interesse an einem größeren europäischen Engagement Großbritanniens. Denn für sie ist nur eine Europäische Union hilfreich, die in der Lage ist, in den globalen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Konfliktsituationen gewichtig aufzutreten – gerade dafür aber braucht Europa Großbritannien.

Ob die großen Drei als Gestaltungscoalition in der EU auftreten können, hängt zunächst von ihnen selbst ab. Großbritannien unter Brown muss zu einem pro-europäischen Akteur werden. Die britische Haltung auf dem Verfassungsgipfel deutet darauf zunächst nicht hin. Im Gegenteil:

Für die Führungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit des Trios wird ausschlaggebend sein, ob es auch auf bilateraler Ebene gelingt, gemeinsame Interessen und Ziele zu definieren. Die Grundlagen sind vorhanden: Auch wenn der deutsch-französische Motor stottert, bleiben die

Verbindungen sehr eng. Frankreich und Großbritannien bleibt trotz der Differenzen mit Blick auf den Krieg im Irak noch ein großes Set an Gemeinsamkeiten in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Vor allem Deutschland und Großbritannien haben Nachholbedarf. Neben einem intensivierten politischen und auch kulturellen Austausch zwischen Deutschland und Großbritannien sollten beide Länder versuchen, gemeinsame politische Projekte zu definieren. Mit Blick auf die Revision des EU-Budgets 2008 könnte diese gemeinsame Position in einer grundlegenden Umstrukturierung des Haushalts hin zu mehr Forschungs- und Bildungsausgaben zu finden sein.

Doch nicht allein gemeinsame Interessen sind entscheidend für künftige Gestaltungscoalitionen. Mindestens ebenso wichtig sind die persönlichen Beziehungen

zwischen den Führungspolitikern. Die Rivalität zwischen Brown, Merkel und Sarkozy wird nur produktiv kanalisiert werden können, wenn Führung nicht nur als Stärke, sondern auch als Kompromissfähigkeit ausgelegt wird. Von den Führungspersönlichkeiten wird es aber auch abhängen, in welchem Maße andere Staaten eine solche Gestaltungscoalition akzeptieren werden. Die Chancen für eine dauerhaft einflussreiche Führungsgruppe stehen erst dann gut, wenn es deren Spitze gelingt, den anderen Mitgliedern zu zeigen, dass es der Koalition letztlich um das wohlverstandene Interesse an der Fortsetzung des gemeinsamen europäischen Projektes geht.

Die Autoren danken Herrn Sebastian Hempel für wertvolle Anregungen und Unterstützung bei der Erstellung des vorliegenden "spotlight europe".

Weiterführende Literatur:

Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) und Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Bridging the Leadership Gap. A Strategy for Improving Political Leadership in the EU by the Thinking Enlarged Group, München/Gütersloh, Dezember 2002.

Clara O'Donnell, Richard G. Whitman, European policy under Gordon Brown: perspectives on a future prime minister, International Affairs, Band 83 (4), März 2007, S. 253-272 (20).

Josef Janning, Leadership Coalitions and Change: The Role of States in the European Union, International Affairs, Band 81 (4), Juli 2005, S. 821-833.

Werner Weidenfeld, Janis A. Emmanouilidis, Almut Metz, Die strategischen Antworten Europas, C•A•P Analyse und Strategiepapier für das X. International Bertelsmann Forum 2006, München/Berlin, September 2006.

William Wallace, Das Führungstrio Deutschland – Frankreich – Großbritannien: Europas zentrales Problem? Integration 4/2005, S. 328-331.

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl Bertelsmann Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

dominik.hierlemann@bertelsmann.de
Telefon +49 5241 81 81537

joachim.vannahme@bertelsmann.de
Telefon +49 5241 81 81421

Centrum für angewandte Politikforschung
Maria-Theresia-Straße 21
D-81675 München
www.cap.uni-muenchen.de

janis.emmanouilidis@lrz.uni-muenchen.de
Telefon +49 89 2180 1336

sarah.seeger@lrz.uni-muenchen.de
Telefon + 49 89 2180 1375

ISSN 1865-7451

Zuletzt erschienen:

spotlight europe # 2007/03

Wer will was und warum?
FAQ's zum Verfassungsgipfel
Dominik Hierlemann, Sarah Seeger

spotlight europe # 2007/02

Austritt oder Neugründung –
(Irr-)Wege aus Europas Verfassungsdilemma?
Janis A. Emmanouilidis

spotlight europe # 2007/01

Der westliche Balkan nach dem Ahtisaari-
Vorschlag – Handlungsfelder auf
dem Weg in die EU
Dominik Tolksdorf